

Seit Montag befindet sich die Bundeswehr im Einsatz am Roten Meer. Die Vorgeschichte: Am 10. Januar waren in der Resolution 2722 des UN-Sicherheitsrats die Angriffe der „Huthis“ bzw. Ansarollah verurteilt worden. Einen Tag später bombardierten USA und Großbritannien den Jemen. Lässt sich dieser Angriff mit der Resolution legitimieren?

Wenn man sich die Resolution 2722 genau durchliest, dann nicht. Es gibt kein Mandat für ein militärisches Eingreifen in diesem Konflikt. Es ist unklar, wen man angreift, denn die „Huthis“ sind ja auf einem Territorium, welches in der Souveränität einer anderen Regierung ist.

Und wie legitimieren sie den Angriff?

Den Angriff auf das Territorium legitimieren sie mit dem Selbstverteidigungsrecht. Dieses ist eigentlich nur ein Recht, welches Staaten gegen Staaten haben. Hier geht es aber gegen eine Organisation, denn die „Huthi“ haben nicht die Souveränität des Jemen, sondern die Regierung, die im Grunde die Souveränität einklagen kann. Darüber gehen die USA hinweg und sagen: Wir sind angegriffen worden und deswegen haben wir das Verteidigungsrecht.

Am 12. Januar schrieb London einen Brief an den UN-Sicherheitsrat unter Art. 51 der UN-Charta und begründete die Angriffe auf den Jemen entsprechend mit "Selbstverteidigung". Wie plausibel ist das angesichts der Tatsache, dass zwischen Sanaa und London ca. 5.600 Kilometer liegen?

Das kann man nur damit begründen, dass britische Militärschiffe angegriffen worden sind. An sich ist das ja das Mandat, welches die EU gegeben hat. Nun geht es in der „Operation Prosperity Guardian“ offiziell um den Schutz der freien Handelswege, der freien Schifffahrtswege. Handelsschiffe entsprechen nicht der territorialen Souveränität, die angegriffen sein muss, um ein Selbstverteidigungsrecht geltend machen zu können.

Der Name des Einsatzes ist überraschend ehrlich: „Operation Prosperity Guardian“, also Operation Wohlstandswächter. Sind Angriffe auf jemenitisches Land gerechtfertigt, um westlichen Wohlstand zu schützen?

Nein. Ursprünglich wurde es der Öffentlichkeit ja auch so verkauft: Freiheit der Handelswege, diese müssen wir erkämpfen. Aber das ist auf jeden Fall keine Legitimation, militärisch einzugreifen! Dafür gibt es Verträge, die man aushandeln muss am Verhandlungstisch. Man kann nicht einfach sagen: Jetzt greifen wir irgendein Land an, um den Handelsweg freizukriegeln. Das ist nach dem geltenden Völkerrecht nicht möglich.

Seit Montag befindet sich auch die BRD im Kriegseinsatz am Roten Meer. Was ist die Intention dieses Einsatzes?

Die Bundesregierung hat nur einen Einsatz außerhalb jeder territorialen Angriffe mandatiert. Das heißt, für die Bundeswehr käme ein Angriff auf jemenitisches Territorium gar nicht in Frage. Dann bleibt die Frage: Welche Schiffe können sie dort schützen? Gegenüber Angriffen der Huthis gegen sich selbst können sie sich natürlich verteidigen. Dieser Einsatz ist sehr eskalativ: Man kann dort in Situationen geraten, wo militärisches Handeln notwendig ist.

Das Zögern der Bundesregierung beim EU-Einsatz im Roten Meer, ASPIDES, mitzumachen, hing damit zusammen, dass sie eigentlich nicht wusste, ob deutsche Schiffe angegriffen wurden. Aber dann gab es wieder eine Koalition der Willigen, und da wollte man dabei sein.

Eine kluge Entscheidung?

Nein. Das ist eine Eskalation des Krieges gegen Gaza. Und hier werden weitere Fronten geöffnet in Richtung Iran. Wir wissen, dass der israelische Premier Netanjahu alles versucht hat, um die USA in

einen Krieg gegen Iran hinein zu ziehen. Und dies ist ein weiterer Schritt, der die Möglichkeit eröffnet, auch gegen den Iran zugehen. Der Iran wird ja beschuldigt, die Huthis zu unterstützen. Das ist ein hochgefährliches Spiel und ich bin der Überzeugung, es hätte einen Weg der Verhandlungen mit den Huthis gegeben, denn die haben ein klares politisches Ziel. Sie wollen ja nicht die Waren von den Schiffen haben, sondern sie sagen, dass ihre Angriffe abhängig von dem Krieg gegen Gaza sind, sie seien solidarisch mit den Palästinensern. Das hat überhaupt keine Rolle gespielt, sondern der Westen hat sofort draufgeschlagen und den militärischen Weg gewählt, der immer der falsche ist.